

Imperiale Ernüchterung

Aus amerikanischen Fachzeitschriften, 2. Halbjahr 2003

Nadja Deckert / Jens van Scherpenberg

Es ist sicherlich noch zu früh für einen Abgesang auf die imperiale Euphorie jener 18 Monate zwischen dem 11. September 2001 und dem Krieg gegen den Irak Saddam Husseins im März 2003. Nach dem erfolgreichen Kriegs- und dem weniger erfolgreichen Nachkriegsverlauf im Irak ist die Diskussion in den USA über »Amerika als Imperium« allerdings nicht nur substantieller und nüchterner geworden. Sie wird auch vermehrt durch eine selbstkritische Reflexion der Grenzen amerikanischer (Militär-)Macht angereichert.

Das Mantra »9-11« scheint allmählich zu verstummen, der 11. September 2001 zum eher zufällig in die Geschichte eingetretenen Katalysator zu werden, der einen seit Ende des Kalten Krieges an Dynamik gewinnenden Prozeß zusätzlich beschleunigte. Manchen, die nach dem 11. September mit einer griffigen These ihren »moment of fame« erleben durften, wie Robert Kagan, widmet die euroatlantische Öffentlichkeit nur noch reduzierte Aufmerksamkeit. Dafür finden die Nachdenklicheren in den USA zunehmend ihre Stimme wieder. Die Kritik am außenpolitischen Radikalismus der Regierung Bush wird zum Teil mit großer Schärfe artikuliert – gerade auch von eher konservativen Autoren. Mit dem Verweis auf die ökonomischen und politischen Kosten einer unilateral-imperialen Politik wird die Alternativlosigkeit eines die Verbündeten einbeziehenden und die internationalen Institutionen aktiv nutzenden Multilateralismus beschworen.

Imperium oder Hegemonie?

In der Herbstausgabe von *Ethics & International Affairs* ist die Imperiumsdebatte ein Schwerpunktthema. Angestrebt wird, die »bislang bornierte, phantasielose und großmäulige« Diskussion auf eine fundiertere, unvoreingenommene Basis zu stellen. Hervorgehoben sei hier vor allem der einleitende Beitrag von **Jedediah Purdy**.

Purdys Essay setzt sich mit dem »liberal imperialism« auseinander, also jener Doktrin, die eine imperiale Außenpolitik im Namen der Durchsetzung freiheitlicher Grundwerte propagiert. Wie jeder imperialen Politik, liege auch dieser die prinzipielle Ablehnung zweier »Wilsonscher« Axiome politischer Legitimität zugrunde: nationale Souveränität und demokratische Selbstbestimmung. Statt dessen werde vom Grundsatz ungleicher Legitimität von Staaten ausgegangen. Purdy unterscheidet auf dieser Grundlage den »schwachen« und

den »starken« freiheitlichen Imperialismus. Ersterer schlägt sich angesichts des unvermeidlichen Widerspruchs von nationalstaatlicher Souveränität und demokratischer Selbstbestimmung auf die Seite letzterer, in deren Namen die Souveränität unterdrückerischer Regierungen negiert wird. Die »starke« Variante des freiheitlichen Imperialismus hingegen negiert auch die demokratische Selbstbestimmung eines Volkes, wenn diese »höheren Werten« oder Zielen entgegensteht. Solche höheren Ziele können sein:

- ▶ die globale Sicherheit, so die Bekämpfung des internationalen Terrorismus;
- ▶ die Förderung wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts für die Menschen des zu erobernden Landes im Sinne von »nation building« (schon im kolonialen Imperialismus des 19. Jahrhunderts ein ideologisches Motiv). Dies sei – verkörpert in der »amerikanischen Mission« – das Leitmotiv der gegenwärtigen (neo-)konservativen Imperialisten in den USA;
- ▶ die Unterbindung von »absolut verbotenen« Aktivitäten: heute Völkermord (als Legitimation für den Kosovokrieg), früher etwa Menschenopfer als Rechtfertigung Spaniens für die Unterwerfung der indigenen Bevölkerung Amerikas.

Purdy widerlegt überzeugend die Legitimierung der aktuellen imperialen Politik der USA durch die genannten drei »höheren Ziele«. Weder sei Amerikas Macht so absolut, daß sie statt einer völkerrechtlichen Ordnung souveräner Nationalstaaten die internationale Sicherheit garantieren könne; noch seien die neokonservativen Fortschrittsziele in sich so widerspruchsfrei und weltweit so unstrittig, daß sie letztlich auf Unterstützung rechnen könnten. Und der eigenmächtige Verzicht auf bewährte internationale Verfahren beim Vorgehen gegen »böse« Akteure enthalte ein hohes Risiko. Letztlich liegt für Purdy die Unheilträchtigkeit der gegenwärtigen imperialen Orientierung der USA vor allem in ihrem prinzipiellen moralischen Anspruch.

Auch *Current History* widmet der amerikanischen imperialen Selbstreflexion den

Themenschwerpunkt der November-Ausgabe. **Bruce Cumings** von der University of Chicago diskutiert darin mit dem weit ausgreifenden Ansatz des Historikers die Frage, ob das gegenwärtige Amerika eine imperiale Macht sei. Er kontrastiert den Begriff des Imperiums, das auf Machtmonopol und territorialer Kontrolle beruhe, mit dem der Hegemonie, die die amerikanische Politik seit dem Zweiten Weltkrieg bestimmt habe.

Dean Acheson, der maßgebliche Visionär und Architekt der Weltordnung nach 1945, habe diese bewußt auf einen für alle offenen Weltmarkt unter Führung der USA als ihre entscheidende Basis gebaut. Die Welt der Globalisierung ist damit diejenige, die Acheson in seinen kühnsten Träumen antizipiert hatte, die in 40 Jahren des Kalten Krieges aber viele aus den Augen verloren. Es ist die Welt einer multilateralen Ordnung, die sich, gestützt auf von den USA geschaffene multilaterale Institutionen, unter dem Schirm einer wohlwollenden Hegemonie in den Jahren Clintons zu höchster Blüte entwickelte.

Im »unilateralen Imperialismus« der Bush-Administration, wie er sich in der Abkehr von multilateraler Diplomatie einerseits, einem neuerlichen weltweiten Aufbau von Militärbasen zur Ausübung territorialer Kontrolle andererseits manifestiert, kommt – so Cumings – die expansionistische und unilateralistische Orientierung der Republikaner in den westlichen US-Bundesstaaten zur Geltung, deren Held seinerzeit General MacArthur war. Ihr habe sich auch George W. Bush verschrieben, in bewußter Abkehr von der multilateral-atlantisch orientierten Tradition der Ostküstenrepublikaner, für die sein Vater George H. W. Bush stehe.

Konservative Kritik

Für die wachsende Kritik aus dem konservativen Lager an der imperialen Politik der Regierung Bush mögen im folgenden drei Autoren stehen: **Dimitri K. Simes**, Präsident

des Nixon Center in Washington, **Claes Ryn**, Professor an der Catholic University of America, und **Charles V. Pena**, Director of Defense Policy Studies am libertären Cato Institute.

Simes artikuliert in *Foreign Affairs* (November/Dezember 2003) mit deutlichen Worten und scharfer Kritik an der »Allianz aggressiver Wilsonianer und Neokonservativer« das Denken des klassischen Ostküsten-Realismus. Er nennt drei Gesetzmäßigkeiten von Imperien: Erstens erzeugen sie Opposition gegen sich, zweitens kosten sie Ressourcen – entweder zur Unterdrückung von Opposition oder zur Stärkung von Loyalität. Drittens schließlich führt die Entwicklung von Imperien meist dazu, daß sich ihr Regierungssystem bzw. die innere Verfassung ihrer Gesellschaft gegenüber dem vorimperialen Zustand verändert. Imperien spielten in der Geschichte keineswegs nur eine negative Rolle, sondern waren oft Agenten von sozialem Wandel und Fortschritt. Diese Rolle könnten, so Simes, auch die USA heute spielen, hätten sie nicht die außenpolitische Mäßigung der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg aufgegeben.

Wenn die gegenwärtig verantwortlichen politischen Akteure in den USA – Republikaner wie Demokraten – als imperiale Macht mit ihrem »universalen demokratischen Utopia« der Welt eine bestimmte Vision aufnötigen wollen, schädigen sie nicht nur vitale amerikanische Interessen, sondern geraten auch in Konflikt mit dem Gründungsprinzip der USA, »no taxation without representation«. Die Anfänge dieser Abkehr vom außenpolitischen Pragmatismus zugunsten des Moralismus liegen für Simes bereits in der Amtszeit Clintons, an dessen Außenpolitik er kein gutes Haar läßt. Nach Bushs Absichtserklärungen einer entschlossenen, aber zurückhaltenderen (*humbler*) Außenpolitik sei die Regierung nach dem 11. September in den demokratischen Interventionismus (*moralpolitik*) Clintons zurückgefallen und lasse sich von der Illusion leiten, Demokratie könne »als göttliche Offenbarung – mit Washington als ihrem Propheten und globalen Verbrei-

ter« durch Präzisionswaffen durchgesetzt werden. Damit aber fördere man nur den Widerstand gegen Amerika, selbst unter bislang proamerikanischen Demokratien. Eine Ursache für diesen Verlust des Pragmatismus sieht Simes im wachsenden Einfluß politisch unverantwortlicher Organisationen von »Rechtgläubigen« und »Einpunkt-Interessengruppen«. Und dessen Ursache wiederum liege in der unkontrollierten Einwanderung, der Kehrseite des amerikanischen Imperiums (wie der meisten historischen Imperien).

Diesem von einer »Moral der Absichten« geprägten »Extremismus« stellt Simes (in einem »Letter from the Publisher« in *The National Interest*) sein Plädoyer für die Moral des Realismus entgegen, die er als »Moral der Ergebnisse« bezeichnet, orientiert an den Interessen der USA, nicht an moralischen Visionen für die Welt.

Auch **Claes G. Ryn** von der Catholic University of America sieht in der gegenwärtigen amerikanischen Außenpolitik einen gefährlichen ideologischen Radikalismus am Werk, eine »neo-jakobinische Weltanschauung«, wie er in *Orbis* ausführt. »Demokratie« und »Freiheit« sind für die Vertreter dieses Neo-Jakobinismus Begriffe, deren Inhalt sie ahistorisch in ihrem Sinne absolut setzen. Die amerikanische Militärmacht ist in diesem Verständnis die größte Freiheitsmacht, entsprechend Rousseaus Verständnis, daß die Menschen nötigenfalls zur Freiheit gezwungen werden müßten. Daraus folge eine expansionistische Außenpolitik, denn »wie das revolutionäre Frankreich, definiert sich das neo-jakobinische Amerika als Erlöser-Nation«. Der universalistische Charakter dieser Mission habe sich zudem mit einer triumphalistischen religiös-christlichen Überhöhung der göttlichen Auserwähltheit verbunden, die der augustinischen christlichen Tradition vom Wissen um die menschliche Unvollkommenheit diametral entgegenstehe. Ryn sieht diese Tendenz – wie ähnlich auch Simes – bereits bald nach dem Ende des Kalten Krieges wirksam, unter George H. W. Bush ebenso wie unter Clinton, noch mehr

jedoch in Reden als in praktizierter Politik. Erst unter George W. Bush und nach dem 11. September sei der Neo-Jakobinismus offen zur Regierungspolitik geworden, seien Kriegsziele formuliert worden, die auf einer bewußt universalistischen und imperialistischen Ideologie beruhten. Für Ryn weist der gegenwärtige amerikanische Neo-Jakobinismus in seinem Weltverbesserertum deutliche Ähnlichkeiten zum radikalen Jakobinismus des Kommunismus auf. In dem Maße, wie er zu Lasten »alter amerikanischer Werte« die amerikanische Öffentlichkeit dominiere und schließlich auch die Militärmacht der USA kontrolliere, werde er Amerika in eine für das Land unheilvolle Situation führen.

Ähnlich wie Simes kritisiert **Charles Pena** vom Cato Institute in *Policy Analysis* die Orientierung der Außen- und Sicherheitspolitik der Bush-Administration an weitgefaßten globalen ideologischen Zielen statt an der nationalen Sicherheit der USA, was eigentlich ihr verfassungsmäßiger Auftrag sei. Seiner Ansicht nach sollten die USA aufhören, sich in innere Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, solange nicht unmittelbar ihre eigene territoriale Integrität und nationale Souveränität bedroht sind. Die von Präsident Bush im September 2002 verkündete »National Security Strategy«, proklamiere statt dessen genau das Gegenteil. Sie erweist sich nach Meinung des Autors in der Realität eher als eine »Global Security Strategy«, für die der beste Weg, die nationale Sicherheit der USA zu gewährleisten, darin liegt, im Sinne Wilsons (*to make the world safe for democracy*) eine bessere und sicherere Welt nach Amerikas Vorstellungen zu schaffen. Für Pena ist es fraglich, ob ein sogenannter Schurkenstaat mit geringen militärischen Mitteln eine Bedrohung für die USA darstellt oder ob es bei seiner Bekämpfung nicht lediglich um die Befriedigung imperialer Ambitionen geht.

Pena zufolge ist eine direkte militärische Bedrohung das entscheidende Kriterium für einen Krieg. Sein Fazit – ganz im Sinne des libertären Isolationismus, für den er

steht: Konflikte und Instabilität anderswo gefährden nicht automatisch die Sicherheit der USA. Weniger Interventionen versprechen mehr Sicherheit.

Als Konsequenz daraus fordert der Autor:

- ▶ den schnellstmöglichen Truppenabzug aus dem Irak;
- ▶ die Auflösung der »special relationship« mit Saudi-Arabien,
- ▶ den Rückzug aus den Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern; so beunruhigend dieser Konflikt auch sein möge, bedrohe er doch nicht unmittelbar die nationale Sicherheit der USA;
- ▶ ein Ende der Unterstützung autoritärer muslimischer Regime.

Statt dessen sollten sich die USA im Kampf gegen den Terrorismus, statt Konflikte in anderen Ländern auszutragen, auf den konsequenten Schutz des eigenen Landes gegen terroristische Bedrohungen konzentrieren.

Plädoyers für Multilateralismus

Für **Jonathan Schell**, Fellow am Yale Center for the Study of Globalization, muß ein Imperium neben den Kriterien der wirtschaftlichen und militärischen Überlegenheit sowie kultureller Dominanz speziell die Bedingung der politischen Vorherrschaft erfüllen: »Die Peripherie muß tun, was das Zentrum befiehlt.« Letzterem genügen die USA jedoch nicht, wie der Autor am Beispiel des Iraks zeigt. Während Präsident Bush die Demokratisierung des Mittleren Ostens als unerläßlich für den Sieg gegen den Terror hält, sollen gleichzeitig 20 Prozent der US-Truppen aus dem Irak abgezogen werden. Neben diesem Sicherheitsrisiko kritisiert Schell besonders die politische Vernachlässigung des Landes. Der Verzicht auf Planung für die politische Zukunft im Irak vor dem Krieg demonstriert den Glauben der US-Regierung, daß sobald der konventionelle Krieg gegen das Ancien régime gewonnen sei, ein neuer Staat von selbst entstehen werde.

Historisch gesehen beruhte die politische Macht von Imperien auf der Schaffung einer einheimischen Truppe in dem jeweiligen Land mit der Bereitschaft, Befehle der imperialen Macht auszuführen. Unabhängig war für diese Truppe die Akzeptanz durch die einheimische Bevölkerung. Jedoch ist dies bei den Amerikanern im Irak nicht gegeben, weshalb sie Schnell zufolge trotz all ihrer Militärs keine reale politische Macht im Irak besitzen. Demzufolge ist die Übertragung der politischen Führerschaft an die von den Amerikanern eingesetzte Übergangsregierung nicht möglich. Wenn eine politische Gruppierung wirklich an Macht gewinnt, wird sie keine Befehle mehr aus Washington befolgen, womit die USA selbst die Kraft erzeugt hätten, die sie aus dem Irak herausdrängt.

Noch sind die USA kein Imperium. Ob sie es werden können, hängt dem Autor zufolge davon ab, ob es ihnen gelingt, weltweit politische Akzeptanz, insbesondere durch die traditionellen europäischen Verbündeten, zu erlangen, die sich auch über den Auftrag der Terrorbekämpfung hinaus ausdehnen lassen muß. Ohne politische Basis, die es zusammenhält, droht dem Imperium unweigerlich der Zerfall.

Als traditioneller Verfechter einer auf einem starken Atlantischen Bündnis beruhenden amerikanischen Hegemonie hält **Zbigniew Brzezinski** in *The National Interest* den Erhalt der transatlantischen Wertegemeinschaft vor allem für die Stabilisierung Eurasiens für unerlässlich. Der frühere Sicherheitsberater Präsident Carters sieht in einer möglichen Kollision, sowohl kulturell als auch politisch, mit der islamischen Welt des Nahen Ostens die größte Herausforderung für die Hegemonie Amerikas.

Vor den USA liegt seiner Meinung nach die schwere Aufgabe, eine Region mit Überbevölkerung, drastischen politischen Ungerechtigkeiten, und einem hohen Gewaltpotential zu stabilisieren. Notwendig ist dies, weil sich dort die weltweit größten Öl- und Gasreserven befinden. Nun stelle sich die Frage, mit welchem Verbündeten in der Region sich diese Aufgabe am besten bewäl-

tigen läßt. Im Nahen Osten gebe es keine natürlichen Verbündeten, mit denen man durch historische und kulturelle Gemeinsamkeiten verbunden ist. Die USA seien zwar mit einigen Staaten im Nahen Osten verbündet, aber vielen fehle die Durchsetzungskraft zu regionaler Stabilität oder ihre Interessen stünden im Gegensatz zu den amerikanischen.

So muß, betont Brzezinski, die Türkei erst noch beweisen, daß ihr der Übergang zum weltlichen Staat gelingen wird, obwohl ihre Bevölkerung überwiegend muslimisch ist. Israel braucht die USA zur Stärkung seiner territorialen Interessen, mißbilligt jedoch die amerikanisch-arabischen Verbindungen. Seit 9/11 gilt auch Indien als strategischer Partner der USA in der instabilen Region. Allein seine Größe mache es mächtig, durch seine Staatsform der Demokratie sei es ideologisch attraktiv. Gleichwohl stelle es ethnisch, sprachlich und religiös ein Mosaik dar, das dem Risiko interner Spannungen unterworfen sei. Es bleibe Rußland, das die Mittel und die Erfahrung besäße, in Eurasien zur Stabilisierung beizutragen. Jedoch führt Brzezinski an, daß die historisch bedingte Abneigung der Nachbarstaaten jeder Vorherrschaft enge Grenzen setzt. Nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center sprang Rußland den USA bei, um sie im Namen des »Krieges gegen den Terror« zu unterstützen, wobei der Autor die Frage aufwirft, ob Rußland den Terror oder den Islam allgemein bekämpfen will.

Für Brzezinski gibt es daher nur einen verlässlichen Partner: Europa, das im Idealfall von den führenden ostasiatischen Staaten, China und Japan, unterstützt werden sollte. Die USA bräuchten eine kooperative Strategie, denn sie seien nicht allmächtig, auch wenn sie das in der Sicherheitspolitik nur allzu gern glaubten.

Um den arabisch-israelischen Konflikt zu lösen sowie den Terrorismus und Massenvernichtungswaffen einzudämmen, was der Autor als vorrangige Ziele nennt, müssen die USA und Europa zusammenarbeiten. Dies jedoch werde nur gelingen, wenn ein

politisch mobilisiertes Amerika und ein ökonomisch vereintes Europa, das nicht nur als Ja-Sager und Geldgeber dienen darf, es als gemeinsame Verantwortung und Verpflichtung ansähen, über Jahrzehnte multilateral zu handeln. Verantwortung abgeben heiße nicht, schwächer zu werden. Wer allein kämpfe, habe es noch schwerer, aus dem Treibsand herauszukommen.

Daß neue Gefahren eine neue Politik der Zusammenarbeit erfordern, vertreten auch **Ivo H. Daalder**, Senior Fellow im Brookings Foreign Policy Program und **James M. Lindsay**, Vizepräsident des Council on Foreign Relations. Sie scheinen sich in ihrem Artikel in der *Brookings Review* allerdings nicht recht entscheiden zu können, ob sie die gegenwärtige amerikanische Außenpolitik als zu revolutionär oder als nicht konsequent genug charakterisieren wollen. Die zwei Säulen der Bush-Politik seien erstens der Grundsatz, Amerikas Sicherheit sei am besten ohne Bindung an internationale Organisationen und multilaterale Verträge zu gewährleisten, was sich im Aufbau der Raketenabwehr, der Ablehnung des Kyoto-Protokolls und der Nichtanerkennung des Internationalen Strafgerichtshofs äußert; zweitens solle ein ungebundenes Amerika seine Stärke nutzen, um den Status quo in der Welt gemäß dem Prinzip »Angriff ist die beste Verteidigung« zu ändern.

Der Glaube, ein ungebundenes Amerika entspreche gleichzeitig einem sicheren Amerika, erweist sich jedoch Daalder und Lindsay zufolge als falsch. Zwar habe Bush durch unilaterales Handeln zwei schnelle Siege in Afghanistan und im Irak errungen, doch hätten diese in der transatlantischen Wertegemeinschaft zu einem tiefen Bruch geführt, so das zentrale Argument der Autoren. Letztlich habe dies zu dem Resultat geführt, daß die Situation in der Welt chaotischer sei als zuvor und ein weniger integriertes Amerika auch weniger sicher.

In einer sehr ausgewogenen Analyse zum Thema USA und Multilateralismus in *Perspectives on Politics* (American Political Science Association) verwirft **John Ikenberry**, Professor an der Georgetown Univer-

sity, die These Robert Kagans, daß Multilateralismus das Instrument schwacher Staaten, Unilateralismus hingegen das der Starken sei. Ikenberry erinnert wie Cumings daran, daß die USA gerade aus einer Position überwältigender Dominanz nach dem Zweiten Weltkrieg die multilaterale Ordnung der Vereinten Nationen, der Internationalen Finanzinstitutionen und des GATT geschaffen haben und daß sie selbst nach dem Ende des Kalten Krieges, als die Bipolarität einer amerikanischen Unipolarität wich, auf die multilaterale Ordnung setzten, in Gestalt von WTO und APEC. Kagans strukturalistisch-machtpolitische Erklärung des amerikanischen Unilateralismus vernachlässige zudem, so Ikenberry, die Fähigkeit schwächerer Staaten, die Kosten der unilateralen Machtausübung für die USA in die Höhe zu treiben.

Wenngleich Ikenberry in den neokonservativen Kräften, die gegenwärtig erheblichen Einfluß auf die US-Außenpolitik hätten und diese in eine »neo-imperiale« Richtung drängten, eine durchaus ernsthafte Bedrohung der langfristigen multilateralen Orientierung der USA sieht, äußert er zugleich massive Zweifel, daß die Amerikaner auf die Dauer bereit seien, die hohen Kosten einer solchen Politik zu tragen. »Wahlzyklen und demokratische Prozesse erschweren es, eine teure und selbstzerstörerische Politik auf die Dauer aufrechtzuerhalten.« Schon die wachsende globale Interdependenz mache es für die USA zunehmend kostspielig, sich der multilateralen Koordination zu verweigern.

Ikenberry leitet seinen prinzipiellen multilateralistischen Optimismus aus der amerikanischen politischen Tradition und aus der akademischen politikwissenschaftlichen Diskussion der letzten Jahrzehnte ab. Eine strukturelle »Basisunterstützung« für eine multilateralistisch orientierte Außenpolitik ergebe sich schon aus dem aufklärerischen Ursprung Amerikas und seiner Tradition des mit anderen westlichen Nationen geteilten bürgerlichen (*civic*) Nationalismus im Unterschied zu einem ethnischen Nationalismus sowie

durch den multikulturellen Charakter der amerikanischen Identität. Und er teilt die Position, die Bruce Cumings historisch begründet: Das Eigeninteresse der dominanten Macht an einer stabilen multilateralen Ordnung, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, sei letztlich zu groß, um nachhaltig ignoriert zu werden.

Allerdings beantwortet auch Ikenberry nicht die Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaft bzw. Außenwirtschaftspolitik zur Außen- und Sicherheitspolitik. Ist es möglich, in der Außen- und Sicherheitspolitik unilateral zu sein und gleichzeitig auf wirtschaftlichem Gebiet multilateral? Daran scheint die Bush-Administration zu glauben. Es könnte sein, daß genau hier ihre von Ikenberry als Möglichkeit erwähnte Fehlkalkulation liegt, die die (*außen*)wirtschaftlichen Kosten ihrer unilateralen Außen- und Sicherheitspolitik – im Denken Kagans verhaftet – unterschätzt.

Mehr »soft power«

Selten waren die transatlantischen Gemüter so gereizt wie in den Monaten vor dem Irakkrieg. Um die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen den USA und dem Rest der Welt wieder zu beleben und zu entspannen, dringt **Helena K. Finn**, Diplomatin und bis vor kurzem Cyrus-Vance-Fellow im Council on Foreign Relations, in *Foreign Affairs* auf die Rückbesinnung der USA zur »cultural diplomacy«. Diese basiert auf gegenseitiger Verständigung durch kulturellen Austausch und wurde bereits zu Beginn des Kalten Krieges von CIA und State Department praktiziert. Damals, so Finn, wußte man um deren Bedeutung für die Sicherheit der USA und den Sieg über ihre ideologischen Feinde.

Im Gegensatz dazu stehe die gegenwärtige Auffassung der US-Regierung, daß die einzige adäquate Antwort auf radikal-islamistischen Terror militärische Mittel seien. Jedoch vernachlässige dieser Ansatz den Dialog zwischen den Völkern. Der Dialog sei aber essentiell, um das Vertrauen

von gemäßigten Teilen jener Gesellschaften zu gewinnen, die besonders anfällig für Radikalismus sind.

Um dies zu erreichen, schlägt die Autorin eine Rückkehr zur »cultural diplomacy« des Kalten Krieges vor. Amerikanische Zentren und Einrichtungen im Ausland sollten die Informationsübermittlung nicht allein den Massenmedien überlassen. Diese Einrichtungen müßten wieder verstärkt auf persönliche Kontakte setzen und somit ihre Tradition als Treffpunkte von lokalem Publikum und amerikanischen Experten fortführen. Nur dieser Ansatz ermögliche es den Amerikanern, echtes Interesse an anderen Ländern zu signalisieren und einen positiven Eindruck im Ausland zu hinterlassen.

Dafür sei es nötig, die knapp bemessenen Ressourcen aufzustocken, um Bildungsreformen im Ausland zu fördern, Austauschprogramme auszuweiten, den Zugang von Ausländern zu amerikanischen Institutionen und Werten zu erleichtern und das kulturelle Verständnis im eigenen Land zu stärken. Schon eine jährliche Investition von zwei Milliarden US-Dollar könne helfen, teure Kriege zu verhindern.

Finn argumentiert, daß mit dem Abbau dieser Maßnahmen ein proportionaler Anstieg von Antiamerikanismus einhergegangen sei. »Cultural diplomacy«, eine der mächtigsten Waffen der USA, sei seit dem Ende des Kalten Krieges konsequent abgewertet worden. Sie sollte nicht als zusätzliche Option gesehen werden, sondern als Hauptinstrument amerikanischer Außenpolitik zur Konfliktprävention.

Ähnlich argumentieren **Jeffrey Gedmin** und **Craig Kennedy**, Direktor des Berliner Aspen-Instituts der eine, Präsident des German Marshall Fund of the United States der andere – beide somit an vorderster Front im Einsatz amerikanischer »soft power« gegenüber den traditionellen Verbündeten in Europa. In *The National Interest* diagnostizieren sie eine massive »public diplomacy crisis« der USA im Herzen Europas. Sie fordern eine umfassende Kampagne, um Herz und Hirn der europäischen

Öffentlichkeit zu gewinnen. Vier Grundsätze sollten die Wiederbelebung amerikanischer staatlicher Öffentlichkeitsarbeit in Europa leiten:

- ▶ »Public diplomacy« müsse, vom Präsidenten angefangen, als ein Element der Außenpolitik verstanden werden.
- ▶ Die leitenden Vertreter der Administration müßten aktiv, auch durch eigene Reisen nach Europa, den Gedankenaustausch mit ihren europäischen Partnern suchen. Nicht zuletzt müßten sich die Botschafter in die öffentliche Debatte einmischen.
- ▶ Die internationale Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der USA erfordere ausreichende Finanzmittel.
- ▶ Schließlich – und das dürfte der wichtigste, aber auch schwierigste Punkt der Empfehlungen von Gedmin und Kennedy sein – müsse offen diskutiert werden, wie eine wirksame amerikanische Öffentlichkeitsarbeit, die überzeugend die der US-Außenpolitik zugrundeliegenden Ideen erläutere, auszusehen hätte.

Wenn die Regierung Bush den Kampf um die europäische Öffentlichkeit bislang verloren habe, sei das trotz der zahlreichen »Europa-freundlichen« Aktionen seit ihrem Amtsantritt und auch nach dem 11. September geschehen, während negative – und falsche – Nachrichten über Amerika (zur Behandlung der in Guantanamo Inhaftierten, zu den Motiven des Krieges gegen den Irak etc.) in der europäischen Öffentlichkeit große Beachtung fänden.

So sehr diese Beispiele die ganze Schwäche eines letztlich vom Verdacht der »Propaganda« kaum zu befreienden Ansatzes beleuchten, so berechtigt ist die Schlußfolgerung der Autoren, daß eine euro-amerikanische intellektuelle Debatte über zentrale transatlantische außenpolitische Divergenzen nottut. Ob dafür die Mobilisierung intellektueller »Public Diplomacy«-Agenten im Stile des Congress of Cultural Freedom aus der Hochzeit des Kalten Krieges allerdings geeignet ist, erscheint fraglich. Die fruchtbare Breite der inneramerikanischen Debatte zur Außenpolitik der Regierung

Bush, von der hier nur ein kleiner aktueller Ausschnitt gezeigt wurde, wäre damit jedenfalls nicht angemessen repräsentiert.

Verzeichnis der behandelten Artikel

- Brzezinski, Zbigniew**, Hegemonic Quicksand, in: *The National Interest*, (Winter 2003) 4, S. 5–17
- Cumings, Bruce**, From Hegemony to Imperialism?, in: *Current History*, (November 2003), S. 355–360
- Daalder, Ivo H./Lindsay, James M.**, America Unbound – The Bush Revolution in Foreign Policy, in: *Brookings Review*, 21 (Herbst 2003) 4, S. 2–6
- Finn, Helena K.**, The Case for Cultural Diplomacy: Engaging Foreign Audiences, in: *Foreign Affairs*, 82 (November/Dezember 2003) 6, S. 15–20
- Gedmin, Jeffrey/Kennedy, Craig**, Selling America – Short, in: *The National Interest*, (Winter 2003/04) 74, S. 71–75
- Ikenberry, G. John**, Is American Multilateralism in Decline?, in: *Perspectives on Politics*, 1 (September 2003) 3, S. 533–550
- Pena, Charles V.**, Bush's National Security Strategy Is a Misnomer, in: *Policy Analysis*, (30.10.2003) 496, <<http://www.cato.org/pubs/pas/pa496.pdf>>
- Purdy, Jedediah**, Liberal Empire: Assessing the Arguments, in: *Ethics & International Affairs*, 17 (Herbst 2003) 2, <<http://www.cceia.org/viewMedia.php/prmTemplateID/8/prmID/1026>>
- Ryn, Claes G.**, The Ideology of American Empire, in: *Orbis*, 47 (Sommer 2003) 3, S. 383–397
- Schell, Jonathan**, America's Vulnerable Imperialism, in: *Yale Global*, 24.11.2003, <<http://yaleglobal.yale.edu/display.article?id=2873>>
- Simes, Dimitri K.**, America's Imperial Dilemma, in: *Foreign Affairs*, 82 (November/Dezember 2003) 6, S. 91–102
- Realism. It's High-Minded ... and It Works, in: *The National Interest*, 74 (Winter 2003/04), S. 168–172

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380